

**Thema: Nennungen UKSH**

07.06.2010 | Frankfurter Allgemeine Zeitung

**Frankfurter Allgemeine**  
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Medienart: Print  
Ressort: Politik

Seitenstart: 7  
Auflagen: 467.675

Verbreitung: 387.529  
Erscheinungsweise: Mo-Sa

## Streit um die Lübecker Universität Schließung des Medizinstudiengangs / Kieler Sparpläne

F.P. KIEL, 6. Juni. In Schleswig-Holstein formiert sich weiter der Protest gegen die umfassenden Sparpläne der Regierung aus CDU und FDP, die vor knapp zwei Wochen vorgestellt wurden. Einer der Kernpunkte dabei ist die Privatisierung des **Universitätsklinikums** Kiel und Lübeck sowie die Aufgabe der Mediziner Ausbildung in Lübeck.

Jetzt fordern die Grünen Aufklärung von Ministerpräsident Peter Harry Carstensen (CDU) über die Frage, ob die Landesregierung auch gleich das Ende der Universität Lübeck einkalkuliert habe. In Lübeck werden vor allem Mediziner ausgebildet. Der Landtagsfraktions-

vorsitzende der Grünen in Kiel, Robert Habeck, kündigte eine kleine Anfrage an: "Ich will vom Ministerpräsidenten wissen, ob er die Risikoanalyse der Haushaltsstrukturkommission kannte und ob er seine Entscheidungen in Kenntnis oder Unkenntnis der Risiken traf." Am Freitag war ein internes Papier des Wissenschaftsministeriums bekanntgeworden, in dem es auch um mögliche Folgen der geplanten Schließung des Medizinstudiums in Lübeck ging. Unter anderem wurde erwähnt, dass dies auch die Schließung der gesamten Universität nach sich ziehen könnte. Nach Bekanntwerden dieser Passage hatte der FDP-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Kubicki er-

klärt, die Risiken seien letztlich als sehr gering und beherrschbar eingestuft worden.

Habeck sagte, Kubicki habe auf diese Weise Wissenschaftsminister Jost de Jager (CDU) "ans Messer geliefert". Der Grüne weiter: "Ich fordere die Landesregierung deshalb auf, allen Fraktionen ihre Risikobewertungen der Sparmaßnahmen zur Verfügung zu stellen." Das Land habe es bitter nötig, den Haushalt zu sanieren. "Wir brauchen dafür einen gesellschaftlichen Schulterschluss. Aber statt Vertrauen zu wecken, wird mit Unwahrheiten und zurückgehaltenen Informationen gearbeitet."